

# Netzwerk gegen die Gewalt

Die Präventionsgruppe Muri und Umgebung mobilisiert den ganzen Bezirk

Die Präventionsgruppe konzentriert sich vorwiegend auf Suchtprävention. Immer öfter aber wird sie mit dem Thema Gewalt konfrontiert. Extern unterstützt, hat sie nun ein Konzept lanciert, welches alle Gemeinden des Bezirks in ein Netzwerk gegen die Gewalt einbinden soll.

Lis Glavas

Im Portemonnaie jedes Jugendlichen soll zukünftig eine Karte stecken mit Telefonnummern von Hilfsstellen, die kurzfristig erreichbar sind. So wünscht es sich die Projektgruppe «Sorge vor, es gibt ein Limit» aus der Präventionsgruppe Muri und Umgebung. Die Gruppe besteht aus Vertretern von Gemeindebehörden, Schule, Jugendarbeit und des Elternvereins. Die Karte soll nebst Nummern der Polizei, der Dargebotenen Hand, des Jugendhauses usw. auch diejenige einer neuen Anlaufstelle enthalten. Diese ist Kernpunkt des entwickelten Konzeptes zur bezirksweiten Vernetzung von Gewaltprävention.

## Professionelle Unterstützung

An einer Podiumsveranstaltung unter der Leitung des Fernsehjournalisten Reto Holzgang wurde das Konzept mit Pioniercharakter den eingeladenen Gemeindevertretern vorgestellt. Mit Muris Vizeamtsfrau Heidi Schmid und Kapo-Postenchef Hans Meier informierten auch Urs Urech aus Baden und Andrea Leitner aus Althäusern. Sie gehören dem NCBI Schweiz an (National Coalition Building Institute), das sich professionell mit Krisen- und Konfliktintervention und -prävention befasst. Mit seiner Unterstützung entstand das Präventionskonzept für den Bezirk Muri.

Die Ausgangslage ist unbestritten. Rechtsmotivierter Gewalt nimmt in der Region sprunghaft zu (s. Kasten). Bei vielen Jugendlichen ist die Hemmschwelle gesunken, in gewaltbereiten Gruppen mitzumachen. Das Ausmass der Gewalt reicht von verbalen Drohungen, Belästigungen per Telefon oder E-Mail bis zur tätlichen Gewalt. Opfer sind Schweizer Jugendliche, die sich nicht nach rechts orientieren wollen und andere politische Auffassungen zu vertreten wagen. Opfer sind natürlich auch Migrantinnen und Migranten. Bedroht werden teilweise

auch Lehrkräfte und Behördenmitglieder. Nebst den aktenkundigen Vorkommnissen passieren sehr viele unregistrierte Übergriffe, weil die Betroffenen aus Angst vor weiteren Repressalien schweigen.

## Anonymität ist möglich

Die Karte im Portemonnaie des Jugendlichen soll Angst abbauen und dem Träger die Sicherheit vermitteln, dass er angehört und ernst genommen wird. Der direkte Draht zur Anlaufstelle ermöglicht es ihm auch, seine Anonymität zu wahren, denn die Stelle soll dem Amtsgeheimnis unterliegen. Nebst den Jugendlichen steht sie auch den Eltern, der Lehrerschaft und weiteren Ratsuchenden zur Verfügung.

Die Anlaufstelle wird aus vier Behördenmitgliedern gebildet, die jeweils eine Woche pro Monat zur Verfügung stehen. Ihre Aufgaben sind Erstkontakt und Beratung, die Funktion als Infodrehscheibe, der Wissenstransfer zwischen anderen Beratungs- und Opferhilfestellen und die Unterstützung Betroffener bei Meldung an die übergeordnete Fachkommission.

Die vorgesehene Fachkommission wird je nach Situation einberufen. Auch sie soll aus Behördenvertretern verschiedener Gemeinden bestehen, aus Vertretern von Sozialinstitutionen, allenfalls der Polizei und der Ärzteschaft und eventuell des Bezirksschulrates. In Absprache mit der Anlaufstelle ist sie überregional handlungsbefugt. Sie unterstützt nebst der Anlaufstelle auch die Schulbehörden bei Massnahmen und Gesprächen mit Eltern, ist Beratungsinstanz bei der Anwendung des Antrassismusgesetzes und bekommt je nach Situation Unterstützung der Polizei bei Interventionen und Überwachungen.

## Bescheidenes Budget plus Sponsoring

Die Projektgruppe rechnet mit Kosten von 7900 Franken pro Jahr. Die sich am Projekt beteiligenden Gemeinden leisten Beiträge je nach Bevölkerungszahl von 200 bis 1000 Franken. Muris Gemeindeammann Josef Etterlin nahm kein Blatt vor den Mund: «Das ist lachhaft bescheiden. Es wäre nicht zu verstehen, wenn einzelne Gemeinden nicht mitmachen würden.»

Im Budget allerdings ist besagte Karte im Portemonnaie des Jugendlichen nicht enthalten. «Das möchten wir durch Sponsoring finanzieren»,



Die Fachleute Andrea Leitner und Urs Urech haben massgebend zum neuen Konzept beigetragen. Hinten v.l.: Reto Holzgang, Heidi Schmid und Hans Meier.

Bild: Lis Glavas

erklärte Heidi Schmid. Aus dem Publikum kam zudem eine bestechende Idee zur finanziellen Untermauerung des Projektes: «Es gibt doch viele Unternehmen, die vor Weihnachten an Stelle von Kundengeschenken an eine gemeinnützige Institution denken.» Bestimmt würde Schmid solche Angebote gerne entgegennehmen. Momentan ist sie damit beschäftigt, einsatzwillige Persönlichkeiten für Anlauf- und Fachstelle zu mobilisieren.

## Minimalbeitrag allein reicht nicht

Das vorgestellte Konzept soll bereits im März in die Praxis umgesetzt werden. Weitere Präventionsarbeit soll in den einzelnen Gemeinden nach Bedarf in Form von Situationsanalysen und Workshops, allenfalls auch mit der Unterstützung von NCBI, geleistet werden. Mit einem Minimalbeitrag an das Projekt allein können sich die Gemeinden also nicht aus der Verantwortung schleichen.

## Entwicklung muss alarmieren

Hans Meier, Postenchef der Kantonspolizei in Muri, informierte am Podium über die polizeilichen Erkenntnisse bezüglich der rechtsradikalen Szene. Im Kanton Aargau werden seit 1996 aktenkundig gewordene Rechtsradikale statistisch erfasst. Damals waren der Polizei 25 aktiv agierende Skinheads bekannt, momentan sind es 244, die dem harten Kern zugeordnet werden. 145 davon gehören der Altersgruppe 18 bis 22 Jahre an, 48 sind 14- bis 17-jährig, der Rest älter und damit jener Gruppe zuzurechnen, die niemals gescheiter wird, wie Meier sich ausdrückte.

Anzahlmässig folgt der Bezirk Muri an zweiter Stelle unmittelbar hinter dem Bezirk Aarau und knapp vor dem Bezirk Bremgarten. Gemessen an den Bevölkerungszahlen aber

weist der Bezirk Muri im Kanton Aargau den grössten Anteil an registrierten Personen auf.

National würden die Skins nicht als grosse Bedrohung wahrgenommen, räumte Meier ein. Eine Vielzahl von kleinen Bewegungen beschränkt sich auf einen regionalen Aktionsradius, ist aber überregional vernetzt. Allgemein anerkannte Führungsfiguren sind der Polizei nicht bekannt. Neugründungen und Auflösungen von Gruppen geschehen laufend, was den Überblick zusätzlich erschwert.

Podiumsleiter Reto Holzgang wandte ein: «Sie sprechen nur von der rechtsradikalen Szene. Wie stehts mit der linken? Ist die Polizei auf einem Auge blind?» Tatsächlich beschäufte linker Aktivismus die Polizei momentan wesentlich weniger, erklärte Hans Meier. —gla